Bundes-tags-brief

Nr.85 • Die Woche im Bundestag • 03.12.2010

DEUTSCHER BUNDESTAG

Prof. Monika Grütters, MdB

Tel.:030/227 70222
Fax:030/227 76223

monika.gruetters@bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Taktischer Koalitionsbruch der Grünen:

Der Rückzug der Grünen aus der Koalition in Hamburg ist eine Flucht aus der Verantwortung. Ein wirklich überzeugendes Motiv für den Koalitionsbruch fehlt.

Ohne Rücksicht auf die Bevölkerung der Stadt Hamburg und das Ansehen der parlamentarischen Demokratie lassen sich die Grünen in ihrem Handeln – wie auch schon in der außerparlamentarischen Auseinandersetzung um Stuttgart 21 – vor allem von einem machttaktischen Kalkül leiten.

Ihr Rückzug aus der Koalition ist der offenkundige Versuch, das aktuelle Umfragehoch auszunutzen. Doch wer mit Blick auf die eigenen Umfragewerte Neuwahlen herbeiführt, wird letztlich bei den Bürgerinnen und Bürgern kein Vertrauen gewinnen.

Im Gegensatz zu den Grünen steht Hamburgs Erster Bürgermeister Christoph Ahlhaus für einen verbindlichen und verlässlichen Stil in der Politik.

Er hat in kürzester Zeit hohe Anerkennung in der Bevölkerung für seine Arbeit gewonnen und ist Garant dafür, dass Hamburg unter Führung der CDU seine überaus positive Entwicklung fortsetzen kann.

Dass die Grünen aus rein taktischen Erwägungen die gemeinsame Arbeit in Hamburg beenden, reiht sich nahtlos in die Entwicklung der vergangenen Monate ein: Spätestens mit den sozialpolitischen Beschlüssen des Freiburger Parteitages ist deutlich geworden, dass innerhalb der Grünen erneut die fundamentale Verweigerungshaltung des linken Flügels Konjunktur hat.

Finanzminister beschließen Hilfe für Irland und Krisenmechanismus

Im Interesse einer Beruhigung der Lage an den europäischen Finanzmärkten und der Stabilisierung des Euros haben sich die Finanzminister der Eurogruppe und des ECOFIN am Wochenende darauf verständigt, Irland finanziellen Beistand unter Auflagen zu gewähren.

Die Hilfen von Seiten der Europäischen Union und des IWF belaufen sich auf insgesamt 85 Mrd. € über eine Laufzeit von 36 Monaten.

Verknüpft sind diese Hilfen mit einem ehrgeizigen Anpassungsprogramm für Irland, auf das sich alle Beteiligten am vergangenen Sonntag verständigt haben, mit Ausgabenbeschränkungen von 10 Mrd. € in den nächsten vier Jahren.

Gleichzeitig haben sich die Eurogruppe und die EU-Kommission auf die Grundzüge eines dauerhaften Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) verständigt.

Die Bundesregierung hat dabei in schwierigen Verhandlungen durchgesetzt, dass im Falle einer drohenden Insolvenz von Mitgliedstaaten in einem geordneten Verfahren auch die privaten Gläubiger in die Maßnahmen zur Stabilisierung einbezogen werden.

Verbunden mit der Formulierung strenger Auflagen für das Schuldnerland wird die Gewährung finanzieller Hilfen an dessen Bereitschaft geknüpft, durch eigene Anstrengungen eine nachhaltige Verbesserung der Lage zu erreichen.

Umweltpolitik der Union ist wegweisend

Das Bundeskabinett hat heute den Umweltbericht 2010 verabschiedet. Er ist eine Bilanz unserer umweltpoltischen Erfolge: Wir haben ein Energiekonzept für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung vorgelegt.

Deutschland ist es gelungen, unser im Kyoto-Protokoll international vereinbartes Ziel der Treibhausgasreduktion (minus 21% 2010 ggü. 1990) nach dem derzeitigen Stand über zu erfüllen (Ende 2009 minus 28,7 % ggü. 1990).

Zehn Jahre nach der Verabschiedung des EEG beträgt der Anteil der erneuerbaren Energien erstmals mehr als 10 % am gesamten Endenergieverbrauch. Rund 340.000 Menschen finden in diesem Bereich direkt und indirekt Lohn und Brot.

Es ist uns gelungen, das Abfallaufkommen vom Wirtschaftswachstum zu entkoppeln. Der Wasserverbrauch in Industrie und Haushalten konnte in den letzten Jahren kontinuierlich gesenkt werden.

Deutliche Verbesserungen gibt es im Bereich der Luftreinhaltung, des Gewässerschutzes und damit auch der Trinkwasserqualität. Allein 100.000 ha gesamtstaatlich repräsentativer Naturschutzflächen des Bundes wurden bis 2009 als Nationales Naturerbe gesichert. Auch trägt der Umweltschutz nicht unwesentlich dazu bei, das Gesundheitssystem zu entlasten.

Die Energieeffizienz der Kraftfahrzeuge verbessert sich seit Jahren. 2009 wurde bei Pkw-Neuzulassungen ein durchschnittlicher CO2-Wert von 154 Gramm CO2 pro km erreicht. Ein wesentlicher Impuls für diese Entwicklung kam dabei vom Gesetzgeber.

Alles in allem eine Bilanz, die sich trotz vieler weiter bestehenden Herausforderungen – wie etwa der Kampf gegen Klimawandel und der Umbau unserer Energieversorgung – sehen lässt.

Sie zeigt, Deutschland liegt in Sachen positiver Umweltpolitik in der Weltspitzengruppe und wird diese Position weiter ausbauen.

Zahl der Studienanfänger erreicht Rekordhoch

Im Studienjahr 2010 nahmen 442.600 Personen ein Studium an einer Hochschule in Deutschland auf, das sind 20.000 bzw. rund 4 % mehr als im vergangenen Jahr.

Fast die Hälfte der Erstsemester (220.200) war weiblich. Der Anteil der Studienanfänger eines Jahrgangs betrug im Studienjahr 2010 46% und verzeichnete so gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg von 3%.

Eine deutliche Steigerung konnten das Saarland (+13%), Bayern (+9%) sowie Berlin und Nordrhein-Westfalen verbuchen. Dagegen sank die Zahl der Studienanfänger in Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen (jeweils -9%) im Vergleich zum Vorjahr deutlich.

Im gerade begonnenen Wintersemester liegt die Studierendenzahl mit 2,2 Millionen um 5% über dem Stand des vorherigen.

An Universitäten und vergleichbaren Hochschulen sind derzeit 1,5 Millionen (68%), an Fach- sowie Verwaltungsfachhochschulen 0,7 Millionen (32%) Studierende immatrikuliert.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Geschäftsklimaindex steigt auf Höchstwert

Der Aufschwung setzt sich fort: Deutschlands Unternehmen bewerten ihre aktuelle Geschäftssituation und ihre Aussichten für die nächsten sechs Monate noch zuversichtlicher als dies bislang schon der Fall war.

Dies zeigt der ifo-Geschäftsklimaindex, der im November um 1,6 Zähler auf 109,3 Punkte stieg und damit den höchsten je in Gesamtdeutschland gemessenen Wert erreichte.

Dabei ist in allen vier befragten Branchen, dem verarbeitenden Gewerbe, dem Einzel- und Großhandel sowie dem Bauhauptgewerbe eine Verbesserung des Klimas eingetreten.

(Quelle: ifo – Institut für Wirtschaftsforschung)